

---

## Rezensionen / Book Reviews

### **Jan Ole Arps, Fröhschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren, Assoziation A: Berlin 2011. 238 Seiten. € 16,00**

In der Zeit der Bologna-Reform, der gehetzten Graduiertenkollege und des strebsamen Fortkommens in der Verbundforschung scheint der Aufbruch kaum vorstellbar, mit dem StudentInnen in der Nachfolge von 1968 die Universität verließen und aus politischer Überzeugung in die Fabriken wanderten. So verschwenderisch – und noch nicht mal hedonistisch – mit der eigenen Zeit umzugehen, mutet fremd an. Von einem heute vorherrschenden Standpunkt aus kann die Geschichte linker Fabrik-Experimente nur mehr als Irrweg erzählt werden. Schließlich hatte das Proletariat nicht auf die Revolutionsparolen von MaoistInnen und Spontis gewartet, während für letztere das frühe Aufstehen eben doch verdammt anstrengend war. Die Häresie des „Klassenverrats“ bleibt hier allein denkbar als Sektierertum, taugt im besten Fall zur Episode.

Diese weitverbreitete Sichtweise bedeutet nicht nur eine Schwundstufe politischer Vorstellungskraft. Sie ist zudem in ihrer Teleologie schlicht ignorant gegenüber der historischen Situation, ihrer Singularität und Subjektivität. Das Buch von Jan Ole Arps bietet ein willkommenes Korrektiv gegen solche retrospektive Pathologisierung der linken Fabrikinterventionen. Es ist ein neugieriger Bericht über das Aufeinandertreffen von revolutionären Absichten und betrieblichem Alltag. In der Form einer historischen Reportage erzählt Jan Ole Arps von der Reise in die Fabrik und fragt nach dem Aktuellen, Unabgegoltene dieser Geschichte, nämlich dem Zusammenhang zwischen politischer Radikalität und Arbeitsleben.

Nebst zeitgenössischen linken Schriften und einigen Erinnerungsberichten sind die wichtigsten Quellen des Buches Interviews mit sieben ProtagonistInnen, die heute in Rente gehen und von de-

nen einige die Fabrik bald wieder verlassen haben, andere bis heute geblieben sind. Im Zentrum stehen maoistische Organisationen und solche aus der spontaneistischen Bewegung; beide Strömungen begriffen sich, wenn auch in völlig unterschiedlicher Weise, als Erben der antiautoritären Revolte von 1968 und standen der traditionellen ArbeiterInnenbewegung kritisch-oppositionell gegenüber.

Entstanden ist ein Buch, das keine Vollständigkeit beansprucht, aber trotzdem einen weiten Überblick bietet. In einem – im besten Sinn verstanden – journalistischen Zugriff wird immer wieder von lebhaft erzählten Exkursen zu den Leitthemen zurückgefunden. Allerdings werden dabei selten neue Einzelerkenntnisse vermittelt. Die Qualitäten der Reportage treten besonders dann hervor, wenn die ProtagonistInnen von ihrer Faszination für die Fabrikwelt berichten, von der Wucht, dem Dröhnen und Gewusel, das in den Produktionsstätten herrschte. Dennoch ist dies kein Erinnerungsbuch, werden die sparsam (streckenweise zu sparsam) eingesetzten subjektiven Zeugnisse kontextualisiert und in die Geschichte der Organisationen und ihrer Handlungsspielräume eingebettet.

Zu diesen Spielräumen gehörten die Konjunkturen der Arbeitskämpfe. Den Ausgangspunkt bilden die „Septemberstreiks“ von 1969, eine Welle wilder Arbeitsniederlegungen, mit dem Resultat nie gekannter Realloohnerhöhungen. Bis zum Kriseneinbruch 1973 folgte ein Kampfzyklus, dessen Dynamik maßgeblich von MigrantInnen geprägt war. Jan Ole Arps geht ausführlich auf den Streik bei Ford Köln ein, der im August 1973 den Abschluss dieser Phase bildete und den damals unter anderem die Gruppe Arbeiterkampf dokumentierte. Wie auch andernorts üblich, hatten bei Ford türkische Arbeiter den Spielraum erkämpft, verspätet aus den Sommerferien zurückzukehren. Diesmal hatte indes die Betriebsleitung jenes eingespielte Gewohnheitsrecht gebrochen und rund 300 Rückkehrer fristlos entlassen. Die türkischen und einige wenige deutsche Arbeiter reagierten mit einem sechstägigen wilden Streik, der am Ende gewaltsam unterbunden wurde. Vom Kriseneinbruch 1973 geht die Erzählung weiter zur Transformation der Arbeit im folgenden Jahr-

zehnt, zur Just-in-Time-Produktion und Automatisierung, die sich in Erfahrungen und Kampfsituationen niederschlugen. „In der fordistischen Fabrik gab es ein großes chaotisches Moment“, berichtet ein Arbeiter bei Ford und ehemaliges KPD/ML-Mitglied, „und erst mit den flachen Hierarchien sind die Spielräume, die man hatte, nach und nach verschwunden“ (S. 215).

Wie analysierten die Gruppen der Linken diese sehr unterschiedlichen historischen Situationen, mit welchen Motiven und Strategien intervenierten sie? Die Spontis verbanden ihren Gang in die Fabrik mit „militanten Untersuchungen“ nach dem Vorbild der italienischen OperaistInnen, und in vielen Fällen folgte auf einige Jahre der Fabrikagitation die politische Arbeit im Stadtviertel. Die Proletarische Front in Hamburg unternahm Forschungen zur Situation von Hafendarbeitern. Die Arbeitersache in München wandte sich zunehmend der Stadtteilarbeit zu, eine mit der Organisation verbundene Frauengruppe bei Siemens eröffnete ein Frauenzentrum. Der Revolutionäre Kampf in Frankfurt schickte zwölf Leute (unter ihnen Joschka Fischer) zu Opel Rüsselsheim. Eine intensive Betreuung seitens der Organisation sollte der „Verbetrieblichung“, der Sogwirkung des Betriebsalltags, entgegenwirken, der sie ihre „Innenkader“ ausgesetzt sahen. Die Wohngemeinschaften und alternativen Lebensformen, welche die Subjektivität zum Politikprinzip machten – der Autor spricht an anderer Stelle von „Selbstveränderung“ (S. 139) – wirkte anziehend auf junge ArbeiterInnen, die hierin eine Möglichkeit sahen, der Fabrik zu entkommen. Die Aktiven fanden mit den proletarischen Jugendlichen jenes rebellische Subjekt, das sie später in sozialen Brennpunkten außerhalb der Produktionssphäre ausmachten.

Auch die MaoistInnen setzten das Bewusstsein ins Zentrum, ihre „Selbstveränderung“ zielte auf einen Bruch mit der studentischen Vergangenheit, weshalb der Autor die maoistischen Kader als „disziplinierte Bohème der Revolution“ bezeichnet (S. 74). Detailliert vorgestellt werden die KPD/AO aus Berlin, die beiden Abspaltungen der KPD/ML, der 1973 am spätesten gegründete, zah-

lenmäßig mit bis zu 3.000 Vollmitgliedern aber umfangreichste Kommunistische Bund Westdeutschlands sowie der bereits durch Michael Steffens Dissertation erforschte Hamburger Kommunistische Bund (KB). Die K-Gruppen suchten eine imaginär-symbolpolitische Tradition zur „alten“ KPD der Weimarer Republik herzustellen. Die KPD/ML kopierte auch deren Konzept der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Historisch war jenes Konzept mit der verhängnisvollen „Sozialfaschismus“-These verknüpft, vor Ort waren die oppositionellen Betriebsratslisten indes ziemlich erfolgreich. Der Gewerkschaftsbund reagierte mit verschärfter Gangart auf die Kritik von links: In den 1970er Jahren kam es zu über tausend Ausschlüssen von Linken (häufig verbunden mit Denunziation bei der Unternehmensleitung), fast doppelt so viele wie in der Ära des formierten Antikommunismus der frühen Bundesrepublik (S. 156 f.). Anders als für die spontaneistischen Gruppen blieb bei den MaoistInnen die Industriearbeiterschaft primärer Bezugspunkt, wenn auch der KB sich bereits früh an weiteren sozialen Brennpunkten orientiert hatte. Viele der maoistischen Kader wurden in der Folge BetriebsrätInnen. Viele stellten tagespolitische Forderungen, die klare Interessen „von unten“ vertraten, andere verschwanden im Gewerkschaftsapparat und wurden von den Unternehmen nicht selten hoch angesehene „Sozialpartner“.

Das Buch wird schwächer, wenn es auf die Umwälzungen der Arbeit ab der zweiten Hälfte der 1970er eingeht. Eine These ist hier die, dass sich der „neue Geist des Kapitalismus“ (Luc Boltanski / Ève Chiapello) mittlerweile durchgesetzt habe. Diese locker hingeworfene Generalthese wird allerdings nur wenig mit dem Quellenmaterial konfrontiert. Dabei wäre gerade die Untersuchung von Lebenswegen mittels Interviews eine Möglichkeit hinzuschauen, wo genau die Bruchstellen und Verlagerungen liegen, wer denn – mit welchen Interessen und Subjektivitäten – politische Initiative in Projektmanagement umwandelte (und wer eben nicht). Die These vom „neuen Geist des Kapitalismus“ gerät hier zur Zeitdiagnose, die sich selbst bestätigt, anstatt zum analytischen Werkzeug, das unter-

schiedliche Entwicklungen sichtbar machen würde. Man erfährt zwar wissenswertes über die Erwerbslosengruppe Hamburg oder über die militanten Untersuchungen der Karlsruher JobberInnen-Initiative: etwa, wie letztere feststellten, dass Automatisierung keineswegs zwangsläufig Entqualifizierung und monotone Arbeit bedeutete, sondern Stress und Multitasking für FacharbeiterInnen (S. 199). Aber gerade die nur kurz geschilderten Erfahrungen mit Fabrikbesetzungen zu Beginn der 1980er wären für heutige Kämpfe interessant, in denen es häufig darum geht, Massenentlassungen abzuwehren (S. 175 ff.).

Im Fazit urteilt Jan Ole Arps recht abrupt, die linken Fabrikinterventionen würden kein Modell für heutige Politik liefern (S. 211). Dieses Verdikt liegt wohl nicht nur an seiner Diagnose einer postindustriellen Gesellschaft, in welcher der Betrieb kein „bevorzugter Ort für radikale Utopien und Schauplatz der Revolte“ mehr sein müsse (S. 212), sondern, wie mir scheint, auch an der Vorstellung, dass die revolutionären Ideen der Militanten im starren Gegensatz zur Realität in der Fabrik standen. Tagesforderungen machten in seiner Sichtweise die Scherben zerbrochener Utopien aus. Es wären aber auch komplexere Verhältnisse zwischen betrieblicher Situation vor Ort und revolutionären Zielen denkbar. So erzählt eine Betriebsrätin, wie sie die Interessen ihrer KollegInnen verteidigte und dabei auf die revolutionäre Rhetorik ihrer Organisation (KPD/ML) verzichtete, weil sie sonst unglaubwürdig gewesen wäre. Jan Ole Arps beschreibt hier als Kluft zwischen Phraseologie und Realität, was man auch als verschiedene Register sehen könnte, zwischen denen die Militanten geschickter wechselten, als der Historiker nachzuvollziehen bereit ist. Zugespitzt formuliert: Manche seiner Erklärungsmuster gleichen selbst jenen der K-Gruppen, wenn er konkrete Entwicklungen als Abweichungen vom Modell charakterisiert. Gerade die Passagen, in denen die Interviewten ausgiebig zu Wort kommen, machen deutlich, dass es der kollektiv organisierte Impuls war, der den Aktiven einen grundlegend anderen Blick auf den Betrieb ermöglichte und dadurch Alltag mit Perspektive verbinden

ließ. „Wut allein“ sei „noch nichts, das zu Veränderung führt“, sagt ein Gesprächspartner ganz zum Schluss. „Erst wenn sich aus irgendeinem Grund Mut entwickelt, passiert etwas“ (S. 223). Solche Situationen, in denen sich Mut entwickelte, hat Jan Ole Arps engagiert und inspirierend nachgezeichnet.

*Mischa Suter*

**Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorien und Praxis städtischer Aneignungen, VSA-Verlag: Hamburg 2011. 286 Seiten. € 19,80**

Der vorliegende Sammelband ist unter dem Eindruck jener städtischen Protestbewegungen entstanden, die sich weltweit auf den Begriff „Recht auf Stadt“ beziehen. Gleichzeitig findet eine inflationäre akademische Bezugnahme auf die Theorien Lefebvres statt. Andrej Holm und Dirk Gebhardt verorten ihre Arbeit in diesem Spannungsfeld, das zugleich eine Schnittstelle von Wissenschaft und sozialen Bewegungen markiert. Das Buch soll Bezugnahmen auf das „Recht auf Stadt“ und die Bedeutungen, die es in verschiedenen Kontexten annimmt, nachvollziehbar machen. Es beginnt mit einer Einordnung in die Begriffsgeschichte und die Geschichte städtischer sozialer Bewegungen. Dann werden Beispiele vorgestellt, die sich in ihren Kämpfen entweder auf das „Recht auf Stadt“ beziehen oder von den Autor\_innen in diesen Zusammenhang gestellt werden. Auch wenn die thematische Bandbreite und die Zusammensetzung dieser Kämpfe unterschiedlich ist: Die Autor\_innen sind sich einig in der Diagnose sich verschärfender Ausschlüsse, die sich auch in der Gestaltung (im Sinne von ungleich verteilten Möglichkeiten der Partizipation) und Gestalt (im Sinne von verschärfter Segregation) von Stadt ausdrücken. Eine zunehmend deregulierte Stadtentwicklung trägt demnach dazu bei, polarisierte Stadtlandschaften zu produzieren, die nicht nur im globalen Süden durch das

Nebeneinander von Enklaven des Reichtums und Gebieten der Vernachlässigung geprägt sind.

Ausgangspunkt des Buches ist die Theorie Henri Lefebvres, der die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ sowie ihre begriffliche Kontextualisierung entnommen wird. Holm und Gebhardt fragen zunächst, was einem Konzept, das in der Hochzeit des Fordismus und unter dem Eindruck der dazugehörigen Stadtentwicklung verfasst wurde, ein halbes Jahrhundert später zu einer enormen Popularität und Mobilisierungskraft in sehr verschiedenen Kontexten verhelfen konnte. Quer zur Arbeit am Begriff „Recht auf Stadt“ und seinen unterschiedlichen Verwendungsweisen liegt die Frage, wer sich auf dieses Recht mit welcher Legitimation bezieht. Die Autoren orientieren sich hier zunächst an der Lefebvreschen Definition, nach der eine Gültigkeit dieses Rechts für diejenigen entnommen wird, die einem verordneten Alltag ausgesetzt sind (S. 8). Dennoch bleibt die Frage nach der Repräsentation der daraus abgeleiteten Forderungen, die wiederum in das bereits erwähnte Verhältnis von akademischen und aktivistischen Positionen eingreift. Die Herausgeber lösen diese offensichtliche Spannung mit Peter Marcuse in einer funktionalen Unterscheidung auf. Nach diesem Verständnis komme die *Forderung* von denjenigen, „deren elementarste Bedürfnisse nicht befriedigt werden“, während der *Aufruf* von denen kommt, die „zwar oberflächlich integriert, aber entfremdet sind“ (S. 12). Während zumindest ein großer Teil der Autor\_innen des vorliegenden Bandes der zuletzt genannten Gruppe zuzurechnen ist, erscheint die Frage der Repräsentation, indem die Interessen der „ihrer fundamentalen Rechte Beraubten“ mit „den Unzufriedenen und Entfremdeten“ in eins gesetzt werden, als allzu bruchlos aufgelöst. Dabei zeigen schon die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Perspektiven, die in den sozialen Konflikten selbst dokumentiert sind, dass es sich für die einen um einen politischen Slogan handelt, während es für die anderen auch eine Möglichkeit ist, im „Wissenschaftsmarkt [...] mit eingängigen Begriffen Distinktions- und Marktprofite“ zu erlangen (S. 10). Auch

wenn ein unterschiedlicher Zugang zu Ressourcen nicht durch die Proklamation gleicher Ziele aufgehoben werden kann: Die nicht zuletzt in diesem Buch dargestellte Verbindung von akademischer und aktivistischer Sphäre zeigt auch die verbindende Wirkung und breite Mobilisierung, die der Slogan vermittelt.

Unter den Bedingungen einer sehr heterogenen Verwendung des Begriffs nimmt Christian Schmid im zweiten Text des Buches eine Einordnung in das raumtheoretische Werk Henri Lefebvres vor. Er verweist auf die Theorie der Raumproduktion, die Raum und Stadt als Ergebnisse von Prozessen versteht. Die Bedingungen ihrer Produktion seien also zu untersuchen. Stadt erscheint einerseits als in seiner Historie zu analysierender Zusammenhang und andererseits als eine konkrete Utopie des potentiell möglichen urbanen Lebens, das ein „Selbstbestimmungsrecht einfordert, das erst eine andere Gesellschaft ermöglichen kann“ (S. 46). Aus der Perspektive der Forschungen über städtische soziale Bewegungen legt Margit Mayer sodann in ihrem Beitrag Wert auf die Feststellung, dass sich das Recht auf Stadt auf Basis der Aneignungen durch die Bewegungen *realisiert*. Es ist damit, als Forderung nach einer Transformation des Systems, weitreichender als Versuche, die über die Festschreibung eines *juridischen* „Rechts auf Stadt“ Teilhabe am Bestehenden sichern wollen. „Recht auf Stadt“ erscheint hier eher als „utopische Vision und gegenhegemoniales Projekt“, das selbst in den von Jon Liss und David Staples am Beispiel der nordamerikanischen *worker centers* beschriebenen Versuchen, die Apparate des lokalen Staates für die Durchsetzung der proklamierten Ziele zu nutzen, nicht gänzlich in der Festschreibung als positives Recht aufgeht.

In allen Beiträgen des Buches wird die aktuelle städtische Planung als von neoliberalen Prinzipien getragen präsentiert. Sie dient auch aus diesem Grunde als eine Zielscheibe der Bewegungen. In der Ausdifferenzierung zeigt sich jedoch, wie sich die Stadtplanungen im konkreten Fall stark voneinander unterscheiden. Während Jonas Füllner und David Templin in ihrer Darstellung der aktuellen Hamburger „Recht auf Stadt“-Bewegung sowie Jenny Künkel in ih-



rer Beschreibung der Kämpfe der Sexarbeiterinnen in Madrid eine flächendeckende Gentrifizierung der Innenstadtgebiete als Ausgangspunkt beschreiben, geraten die Städte des globalen Südens als weitaus polarisierter in den Blick. Während „öffentliche Räume“ aus der Perspektive der Straßenhändler\_innen in Dhakar als Verkaufsräume konzeptionalisiert werden, die nach einem informellen System analog zu anderen gesellschaftlichen Machtstrukturen vergeben werden, thematisiert Jan Dohnke in seinem Beitrag die Inwertsetzung eines von informellen Wohnformen geprägten Viertels in Buenos Aires als neues touristisches Zentrum. Adrian Mengay und Maïke Pricelius beschreiben die Ausgangslage der Kämpfe der brasilianischen Wohnungslosenbewegung als deregulierte Stadtentwicklungspolitik, die vor allem durch Spekulation geprägt ist. In ihrer Darstellung der Umstrukturierungen von Istanbul und dem unterschiedlich erfolgreichen Widerstand dagegen erscheinen in dem Artikel Pelin Tans kommunale Akteure als treibende Kräfte, die auf der Basis einer weitreichenden Gesetzgebung drastische Umstrukturierungs- und Vertreibungsmaßnahmen durchführen.

Wie schon dem Titel zu entnehmen ist, liegt ein Schwerpunkt auf der Darstellung städtischer Aneignung und damit auf der Darstellung der Bewegungen. Auffällig ist die unterschiedliche Zusammensetzung dieser Bewegungen. Ist in den europäischen Beispielen Hamburg und Madrid der Bezug zu einer autonomen Linken – und sei es über Abgrenzungen – gegeben, so sind die lateinamerikanischen Beispiele durch breite Basismobilisierungen gekennzeichnet. „Recht auf Stadt“ als spezifischem Ausgangspunkt der Organisation kommt aber jeweils eine entscheidende Rolle zu. Das Städtische als eine Arena, in der sehr unterschiedliche Kämpfe von sich in vielen Punkten unterscheidenden Gruppen stattfinden, scheint in der Bündnispolitik neue Möglichkeiten zu eröffnen. Während auf der lokalen Ebene die Vernetzung der jeweiligen Akteure unter dem Banner der „Recht auf Stadt“-Bewegungen neue Blüten treibt, sieht Margit Meyer Nachholbedarf, wo es um solidarische Bezugnahmen aufeinander geht. Anknüpfungspunkte könnten hier etwa

die migrantischen Praktiken und Kämpfe in „Erstwelt-Metropolen“ sein (S. 74), in denen Bewegungen agieren. „Wachsende kulturelle und alltagsweltliche Distanzen“ seien es, die eine globale Bezugnahme sowohl der kritischen Stadtforschung als auch der Bewegungen allerdings häufig noch verhindern (ebd.).

Der Band bietet eine Momentaufnahme, die begriffliche Rückversicherungen, aber auch einen Einblick in das Spektrum sowohl der sozialen Bewegungen als auch der Bewegungsforschung bietet. In Analogie zu der beobachteten erweiterten Bündnispraxis ist auch das Spektrum der Beiträge von Differenz geprägt. Anhand von heterogenen Vorstellungen von Ausrichtung, Adressat\_innen und Aktionsformen kann das Anliegen, einen Diskussionsbeitrag zu einem sich in Bewegung befindlichen Themenfeld zu liefern, eingelöst werden. Ob die Potentiale des Themas in Zukunft ausgeschöpft werden und das Recht auf Stadt trotz der in den Beiträgen deutlich werdenden Fallstricke als „utopische Vision und gegenhegemoniales Projekt“ (17) seine Strahlkraft in der „grundsätzlichen Infragestellung der bestehenden Machtverhältnisse“ entfalten kann (ebd.), ist vom Verlauf der Diskussion abhängig. Der Sammelband liefert hierfür einen guten Überblick und einen guten Ausgangspunkt.

*Florian Hobenstatt*

**Daniel Heintz, Tierschutz im Dritten Reich, Wara Verlag: Müllheim 2008. 318 Seiten. € 19,95**

Führende Nationalsozialisten, allen voran Hitler, ließen sich gerne mit Tieren abbilden. Die vermutete enge Verbindung zwischen dem Nationalsozialismus und tierschützerischer Tätigkeit ist jedoch kaum näher empirisch untersucht worden. Zwar wandte man sich bisweilen der metaphorischen Bedeutung von Tieren für das nationalsozialistische Weltbild zu oder analysierte die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um das Reichstierschutzgesetz von 1933, wie dieser

proklamierte Tierschutz jedoch realiter funktionierte, darüber gab es bestenfalls Spekulationen. Allgemein ist zu beobachten, dass die historische Forschung den Tierschutz bisher eher stiefmütterlich behandelt hat. Selbstverständlich wurde hier und da zu Recht auf die antisemitischen Konnotationen des im Tierschutzrecht verankerten Schächtverbots hingewiesen; es wurde jedoch nicht genauer untersucht, welche weiteren Faktoren für die Verabschiedung eines recht umfassenden Gesetzes eine Rolle spielten. Das Wirken des organisierten Tierschutzes wurde bestenfalls oberflächlich und ohne systematisches Heranziehen der Primärquellen evaluiert. Dieses Dilemma möchte der Freiburger Historiker Daniel Heintz beheben.

Das Buch ist unterteilt in sechzehn Kapitel, wovon die ersten der Vorgeschichte des deutschen Tierschutzes gewidmet sind und der Hauptteil die rechtliche und praktische Umsetzung des nationalsozialistischen Tierschutzes darstellt, während die letzten Kapitel zum einen Kontinuitäten in der BRD und zum anderen die historiographische Einordnung des nationalsozialistischen Tierschutzes eruieren. Als Quellen dienen dem Autor in erster Linie die Mitgliederzeitschrift des Reichstierschutzbundes (RTB), das *Reichstierschutzblatt*, sowie weitere Tierschutzpostillen und die Mitteilungsblätter verwandter Organisationen. Ein Hauptanliegen des Autors ist es, Tierschutz nicht als genuin „linkes“ Thema historisiert zu wissen. Soweit so berechtigt und notwendig. Was allerdings implizit mitschwingt, ist das weitere Anliegen, dem essentiell tierfreundlichen Wesen des Nationalsozialismus das Wort zu reden, beziehungsweise dem „epochalen Schritt“, den die Nazis mit der „Einführung des Tierschutzgesetzes von 1933“ vollzogen hätten, die „historische Anerkennung“ zu zollen, „die er [verdient]“ (S. 5).

Das erste Kapitel macht schon durch die Nomenklatur deutlich, mit wessen Geistes Kind man es hier zu tun hat. Aufgegriffen werden insbesondere Diskussionen um Gesetzesinitiativen. Dass das Nichtzustandekommen eines Antivivisektionsgesetzes Ende der 1920er Jahre „nicht den Nationalsozialisten vorzuwerfen“ sei (S. 18), unterstreicht schon an früher Stelle die apologetischen Tendenzen des

Autors. Überhaupt sind derart eindeutige Aussagen nach gerade einmal vier Seiten Analyse gesetzlicher Debatten in den deutschen Ländern seit den 1830er Jahren, gelinde gesagt, mutig. Die durch die politische Geographie verursachte institutionelle Unübersichtlichkeit tierschützerischer Arbeit in den deutschen Ländern macht es schwierig, grundsätzliche Aussagen über einzelne Vereine zu machen. Diese waren nicht nur politisch gespalten, die verschiedenen Zuständigkeiten der Länder machten auch ein konzertiertes Vorgehen schwierig. Auch der besonderen politischen Konstitution der Weimarer Republik wird nicht ausreichend Rechnung getragen. In einen nicht aufzulösenden Widerspruch verstrickt sich Heintz, wenn er sagt, dass die Schächtproblematik zwar von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurde, um damit einem machtpolitischen „Instrument des Judentums“ Paroli zu bieten, allerdings „ohne daß damit das Schlachtgesetz per se als nur antisemitisch motiviert betrachtet werden kann“ (S. 17).

Behandelt wird neben Form und Zustandekommen des Reichstierschutzgesetzes auch der institutionalisierte Tierschutz, vertreten durch den Reichstierschutzbund, der 1933 aus dem Berliner Tierschutzverein hervorging. Er wurde zur einzigen legitimen Vertretung der deutschen Tierschutzvereine des Deutschen Reiches erklärt, die anderen Verbände galt es folglich aufzulösen beziehungsweise gleichzuschalten. Dass diese Gleichschaltung von zahlreichen Protagonisten der hiesigen Tierschutzbewegung gutgeheißen wurde, steht außer Frage. Nicht nur der lästigen Antivivisektionsgegner/innen konnte man sich dadurch entledigen, sondern vor allem auch der internationalistischen organisierten Vegetarier/innen. Kein Wort verliert Heintz darüber, dass der sich seit den frühen 1900ern zaghaft formierenden internationalistisch-humanitären Bewegung um Magnus Schwantje mit der Gleichschaltung konsequent der Garaus gemacht wurde. Mitglieder waren mit KZ bedroht und mussten ins benachbarte Ausland fliehen.

Die Probleme des Werkes können am achten Kapitel exemplarisch aufgezeigt werden. Es behandelt die praktische Umsetzung

des Tierschutzes zwischen 1933 und 1945. Es werden vor allem die gerichtliche Praxis und der Umgang mit Personen beschrieben, die des Tiermissbrauchs verdächtigt wurden. Dass unter den Beschuldigten auch zahlreiche sogenannte „Gewohnheitsverbrecher“ waren, deren Verbrechen an den Mitmenschen implizit mitangeklagt wurden, war, anders als Heintz sagt, einer Beschwörung des Volkskörpers geschuldet, der durch diese Missetaten in Mitleidenschaft gezogen werde. Dies wird noch deutlicher bei den von Heintz als weiteres Beispiel angeführten Verstößen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung. Nicht das Tier stand hier unter Schutz, sondern der „Nährwert“, der durch das Tier verkörpert wurde. Das strafprozessuale Vorgehen gegen Tierquäler nahm deutlich zu. Heintz' Schlussfolgerung, dass „das neue Gesetz keine bloße Propaganda, sondern strenge Realität“ gewesen sei (S. 115), verkennet jedoch einmal mehr, dass die Nationalsozialisten dem Tierschutz eindeutige Funktionen zuwiesen.

Ähnliches gilt für die Kooperation des Tierschutzes mit der polizeilichen Strafverfolgung: Hier wird lediglich die „gute Zusammenarbeit“ beider Institutionen herausgestellt (S. 155). Eine genauere Analyse des Tierschutzes als Zivilisierungsmission nach Innen fehlt ebenso wie eine Untersuchung der richtig bemerkten Konzentration auf Nutztiere, etwa in der Landwirtschaft oder beim Tiertransport zu Schlachthöfen, die diese Tiere in den Rahmen der wirtschaftlichen Verwertungslogik setzte. Ein Verweis auf die „Volkswirtschaft und das deutsche Volk“ (S. 160), das unter der Tierquälerei zu leiden gehabt habe, ist wiederum zu dürftig und ideologisch eingefärbt. Die Funktion, die der Tierschutz bei der Annexion vor allem der osteuropäischen Gebiete als äußere Zivilisierungsmission spielte, wird bestenfalls mit Verweis auf deren „Rückständigkeit“ angeführt (S. 164). Auch die Thematisierung der Rolle der Tierzucht für den Tierschutz im Nationalsozialismus hätte einiges Erhellendes liefern können, gerade im Zusammenhang mit der Übertragung rassenpolitischer Modelle aus dem Tierreich. Was der Autor mit „biologischen Grundgesetzen“ einführt (S. 152), lässt indes Arges befürch-

ten. Und in der Tat muss man krude Beweise für die Wissenschaftsfreiheit lesen, am Beispiel der Ableitung der „rassischen Unterschiede innerhalb des deutschen Volkes“ (S. 152).

Was der Autor fast gänzlich ausspart ist die Behandlung von Haustieren. Dabei wäre die vermeintliche „Tierliebe“ hinter der von den Nationalsozialisten heraufgesetzten Hundesteuer, die zumindest im Jahr 1939 in großem Stil zur Einschläferung von gesunden Tieren führte, eine Untersuchung wert gewesen. Eine reflektierte Betrachtung hätte man sich auch bei den von der Wehrmacht eingesetzten Tieren, insbesondere Pferd und Hund, die ubiquitär als „Kameraden“ betitelt wurden, gewünscht. Immerhin 2,75 Millionen Pferde wurden von der Wehrmacht genutzt, von denen wohl rund 1,6 Millionen Opfer des Krieges wurden. Tausende wurden von den Deutschen selbst erschossen, damit sie nicht den Alliierten in die Hände fielen. Aufgrund dieser Zahl von dem „engen Band“ zwischen Mensch und Tier zu sprechen (S. 174), das hier geschmiedet worden sei, ist als absurd zu betiteln.

In seiner Auseinandersetzung mit der kritischen Historiographie des nationalsozialistischen Tierschutzes lässt Heintz schließlich die letzten noch gewahrten Fassaden fallen. Er wehrt sich gegen die Verdammung „aller positiven Errungenschaften“ des Nationalsozialismus, tut die Forschung über zivile und militärische Tier- und Menschenversuche als unbelegte Vorwürfe ab und unterstellt, dass wichtige Quellen und Zeitzeugenberichte „wohl unter Folter“ der Alliierten entstanden seien (S. 217).

Auch stilistisch ist das Buch kein Gewinn. Gedanken werden nicht zu Ende geführt, neue Themen angerissen, ohne ihnen Tiefenschärfe zu verleihen. Hier wirkt der Text wie eine lose Aneinanderreihung von Exzerpten aus der nationalsozialistischen Tierschutzliteratur, denen weder ein übergeordnetes Thema, noch eine dezidierte Analysefrage zu Grunde liegt. Die einzelnen Kapitel lassen zum Teil jegliche Struktur missen. Andernorts ist der Text unnötig repetitiv. Eine kritische Distanz zu den Quellen lässt der Autor durchweg vermissen. Die völlig selbstverständliche Übernahme

der ‚Lingua Tertia Imperii‘ – zum Beispiel „Bombenterror der Alliierten“ (S. 97, 186), „naturfremdes Denken“ und „Kulturkreise“ (S. 14), „Landesverräter“ (S. 132) – ist mehr als nur Unachtsamkeit.

Resümierend lässt sich festhalten, dass dieses Buch die dringend notwendige wissenschaftliche Aufarbeitung der ideologischen Funktion des Tierschutzes im Nationalsozialismus, aber auch der metaphorischen und politischen Rolle sowie der Lebensrealität der Tiere selbst, kein Stück weiter bringt. Die These des Autors, der nationalsozialistische Tierschutz sei so bahnbrechend gewesen, dass wir seinen Spuren noch immer in unserem Verhältnis zum Tier nachspüren können, geht das Problem von der falschen Seite an. Viel eher hätte man untersuchen müssen, welche Funktionen der Tierschutz in der jungen Bundesrepublik hatte, um auf politische Kontinuitäten hinzuweisen, auch um eine überfällige historische Betrachtung des Deutschen Tierschutzbundes einzufordern. Tierschutz darf eben nicht, wie der Autor fordert, losgelöst von der Vernichtungs- und Kriegspolitik der Nationalsozialisten gelesen werden. Sogar die sonst vielleicht als verdienstvoll einzustufende Erschließung der Primärquellen wird durch die nahezu völlig fehlende Distanz zu den Untertönen der nationalsozialistischen Tierschutzagenda und durch die mangelnde Quellenkritik zunichte gemacht. Letztendlich ist man als Leser / in gefordert, das Werk doppelt zu dechiffrieren: hinsichtlich des Inhalts der präsentierten Quellen und hinsichtlich des apologetischen und geschichtsrevisionistischen Ansinnens, mit dem Heintz ans Werk geht.

*Mieke Roscher*

**Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution. Mit einem Vorwort von Wolfgang Wippermann. Bd. VII der Reihe „Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus“, Dietz: Berlin 2008. 233 Seiten. € 19,90**

Der heute weitgehend unbekanntere Richard Müller war Leiter der Revolutionären Obleute und politisch „zwischen 1916 und 1921 eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung“ (S. 216) in Deutschland. Die Revolutionären Obleute waren eine der Gruppen, die zu den Organisatoren der Massenstreiks 1916–1918 gehörten, und die einzige Organisation, die gegen den Krieg arbeitete und über eine Verankerung in den Betrieben verfügte. Und sie waren die zentrale Stütze der Novemberrevolution 1918. Es war ihre klandestin organisierte Zellenstruktur, die den Aufstand wesentlich trug. Mit der Mischung aus Avantgarde- und Basisorganisation vertraten die Revolutionären Obleute Tausende von Arbeitern aus den Betrieben Berlins.

In der offiziellen Geschichtsschreibung – sei es der bürgerlichen, sozialdemokratischen oder parteikommunistischen – wurde ihre Rolle jedoch weitgehend ignoriert oder heruntergespielt, manchmal wurde die Gruppe sogar verleumdet. Für die Sozialdemokratie waren die Obleute zu kommunistisch – SPD und Gewerkschaften bemühten sich nach 1945, die Rolle der Sozialdemokratie hervorzuheben. Die KPD und später die offizielle DDR-Geschichtsschreibung diffamierten die Obleute als Reformisten und Sozialdemokraten. Die zentrale Rolle in der Novemberrevolution wurde dem in Wirklichkeit eher marginalen Spartakusbund zugeschrieben. Die Position der Rätekommunisten, die schon früh deutliche Kritik an der autoritären Entwicklung in der Sowjetunion formuliert hatten, wurde zwischen der Sozialdemokratie und dem Parteikommunismus zerrieben.

Das Leben von Richard Müller dient Hoffrogge als Aufhänger, um sich den Rätekommunisten erneut zuzuwenden. Dabei konzen-



triert sich Müller auf das politisch Wesentliche und ergeht sich nicht in langatmigen biographischen Details. Die Jugend Müllers und seine Zeit vor dem revolutionären Engagement sind knapp dargestellt, ebenso das weitgehend unbekannt und allem Anschein nach auch unrühmliche spätere Dasein Müllers als Bauunternehmer, Hausbesitzer und Vermieter. Als Leiter der Revolutionären Obleute vertrat Müller eine „Mischung aus revolutionärem Elan und realpolitischer Taktik“ (S. 151). Er wusste zu „differenzieren zwischen den eigenen Ideen und dem tatsächlichen Bewusstseinszustand der Arbeiterklasse“ (S. 65). Das brachte ihm und den Obleuten allerhand Ärger Seitens der frühen KPD ein, die noch stark putschistische Vorstellungen hegte und die Macht mit einer Art Sturm auf das Winterpalais übernehmen wollte. Die „russische Taktik“, so die Obleute, „gelte für Deutschland nicht“ (S. 64 f.). An seinen Überzeugungen hielt Müller auch fest, wenn er allein auf weiter Flur stand. So, als er am Abend des 6. Januar 1919 den von revolutionären Linken mit großer Euphorie fast einstimmig beschlossenen bewaffneten Aufstand in Berlin als aussichtslos ablehnte, und ebenso, als er der abenteuerlichen und zum Scheitern verurteilten Märzaktion von 1921 seine Unterstützung verweigerte (S. 219).

Müller war seit 1917 Mitglied der USPD (welche die zuvor zersplitterte Opposition vereinte, inklusive Liebknecht, Luxemburg und ihren Spartakusbund) und gehörte dort zum linken Flügel. Auch die Revolutionären Obleute waren in die USPD eingetreten, verteidigten jedoch immer „organisatorisch unabhängige Räte und Gewerkschaften“ (S. 145). Es waren die Obleute, die den politischen Massenstreik als revolutionäres Kampfinstrument einführten. Und als nach einer Welle von Massenstreiks und von Arbeiter- und Soldatenrevolten die Regierung die geheimen Aufstandspläne entdeckte, waren es die Obleute, die am Nachmittag des 9. November 1918 eine Versammlung von Arbeiter- und Soldatenräten am Reichstag aufsuchten, die Leitung übernahmen und die anwesenden Soldaten und Arbeiter überzeugten, am nächsten Tag zu der Wahl einer revolutionären Regierung mittels der Arbeiter- und Sol-

datenräte in Berlin aufzurufen. Zwei Regierungsorgane wurden gebildet, doch die Obleute mussten, aufgrund der geschickten politischen Agitation und des geübten Auftretens der SPD, eine Parität der Vertreter von SPD und USPD im „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte“, also im Kopf des ranghöchsten Räteorgans, akzeptieren. Den Vorsitz des Rates führten Richard Müller und der SPDler Brutus Molkenbuhr. Müller war also rein formal sogar Staatsoberhaupt der „Deutschen Sozialistischen Republik“.

Doch die reale Macht verschob sich zunehmend in den „Rat der Volksbeauftragten“, in dem die SPD die Mehrheit stellte. Und auch im Vollzugsrat war die Situation nicht einfach für Müller und die Revolutionäre, da die meisten Arbeiter und vor allem die politisch unerfahrenen Soldatenräte der SPD noch immer stärker vertrauten als anderen politischen Kräften. Soldaten und SPD stellten sich gegen die Bildung einer Roten Garde zur Verteidigung der Revolution. Ende 1918 verließ die USPD schließlich, nach einem Angriff der Regierungstruppen auf revolutionäre Soldaten in Berlin, den Vollzugsrat. Zu diesem Zeitpunkt war die Revolution allerdings ohnehin schon geschlagen. Am 16. Dezember hatte der erste Kongress aller Arbeiter- und Soldatenräte bereits gegen die Konsolidierung des Räteystems und für allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung gestimmt. Der revolutionären Linken war es nicht gelungen, eine Mehrheit der Arbeiter und Soldaten von ihren Ideen zu überzeugen. Im Anschluss wurden die Streikbewegungen des Frühjahrs 1919 brutal niedergeschlagen. Die Revolutionären Obleute spalteten sich. Die Bewegung der Arbeiterräte verwandelte sich nach der Niederlage der Streiks und Kämpfe von 1919 in eine Betriebsrätebewegung. Auf dem ersten landesweiten Kongress im Oktober 1920 konnten Müller und andere Kommunisten die Delegierten jedoch nicht von der Notwendigkeit autonomer Räte überzeugen und die Betriebsräte wurden den Gewerkschaften politisch untergeordnet. Die Rätebewegung in Deutschland war an ihr Ende gelangt.

Im Dezember 1920 fusionierte die Linke der USPD, und mit ihr auch Müller und die Mehrheit der früheren Obleute, mit der KPD

zur Vereinigen KPD (VKPD). Die KPD profitierte immens von der Fusion. Zeitungen, organisierte Arbeiterstrukturen und mehr als 300.000 Aktivist\*innen wurden Teil der Organisation, die sich so in eine Massenpartei verwandelte. Trotz Müllers Parteiarbeit lag sein Hauptinteresse und Engagement jedoch während der gesamten Zeit in der revolutionären Betriebsarbeit. Er widmete sich auch als KPD-Mitglied der Reorganisation revolutionärer Gewerkschaftsarbeit. Die Revolutionäre hatten sich zwar nicht in den allgemeinen Gewerkschaften durchsetzen können, dennoch mahnte die KPD ihre Mitglieder, sich weiterhin dort zu engagieren.

Dies geschah nun in Form der „Reichsgewerkschaftszentrale“, in die die Betriebsrätezentrale umgewandelt wurde und zu deren Vorsitzendem Müller im Dezember 1920 gewählt wurde. Aus der Zeitung „Arbeiter-Rat“ der Revolutionären Obleute und der „Kommunistischen Rätekorrespondenz“ der KPD wurde nun der „Kommunistische Gewerkschafter“. Doch schon 1921 war die VKPD wieder in die alten Lager gespalten. Die ehemaligen KPDler gingen zunehmend auf Moskau-Kurs und nahmen die alte Offensivlinie wieder auf, die in der Niederlage der Märzaktionen mündete, als die VKPD zum bewaffneten Arbeiterwiderstand gegen die Polizeirepression aufrief und weitgehend isoliert blieb. Müller und andere standen nun in Opposition zu der Parteiführung, die den Offensivkurs verteidigte. Angesichts der zunehmenden Zentralisierungsbestrebungen in der KPD versuchten Ehemalige 1921 die Obleute wieder als eigenständige und unabhängige Kraft aufzubauen, was die Partei verhindern wollte. Inwieweit Müller an diesen Bestrebungen beteiligt war, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren.

Im Januar 1922 wurde Müller, gemeinsam mit zahlreichen anderen Genossen, die den Rücktritt der für die Märzaktion verantwortlichen Parteiführung forderten, aus der KPD ausgeschlossen. Der Ausschluss wurde von Moskau und von Lenin selbst unterstützt, obwohl dieser noch ein halbes Jahr vorher der Kritik Müllers zugestimmt hatte. Die Berliner Obleute waren indes schon im

November aus der KPD ausgetreten, nachdem diese von ihnen die bedingungslose Unterordnung gefordert hatte.

Nach seinem Ausschluss aus der KPD wurde Müller im kleinen Deutschen Industrieverband (DIV) aktiv, in dem auch der damals bedeutendste Rätekommunist Karl Korsch agierte, und widmete sich der Aufarbeitung der miterlebten und mitgestalteten Geschichte. Er veröffentlichte 1924 und 1925 die drei Bücher „Vom Kaiserreich zur Republik“, Band 1 und 2, und „Der Bürgerkrieg in Deutschland“. In diesen nahm er trotz allem positiv Bezug auf Lenin. Die aus bereits genannten Gründen wenig beachteten Werke gehören tatsächlich zu den interessantesten überhaupt über die revolutionäre Bewegung in Deutschland zwischen 1916 und 1924. Müller, der eigentlich eher ein Praktiker gewesen war, vertiefte sich in marxistische Argumentationen und Analysen und schrieb eine nicht personenzentrierte Geschichte der deutschen Revolution. Wie Hoffrogge feststellt, war Müller im dritten Band, der die Niederschlagung des Januaraufstandes, die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs und die Zerschlagung der bayrischen Räterepublik zum Thema hat, völlig pessimistisch und vermochte sogar einen Ausblick auf die folgende autoritäre Entwicklung zu geben. Die Revolution in Deutschland war endgültig besiegt worden und das schien sich in gewisser Weise auch in Müllers persönlicher Erfahrung zu spiegeln. Zugleich formulierte er als erster die 44 Jahre später durch Sebastian Haffner (*Die verratene Revolution*, 1969) bekannt gewordene These, es habe sich um einen nicht erklärten Bürgerkrieg gehandelt.

Nachdem Müller sich über den DIV mit dem Bau von Wohnungen für die Mitglieder beschäftigt hatte und es dabei zu Ungereimtheiten kam, zog er sich aus der Politik zurück und wurde ein erfolgreicher Bauunternehmer und für seine mieterfeindlichen Praxen bekannter Hausbesitzer. Was diese Wandlung verursachte, kann auch Hoffrogge nicht endgültig klären, aber es spielt auch keine besondere Rolle, denn das historische Interesse gilt nicht der Persönlichkeit Müllers, sondern seinem Wirken als Revolutionär. Im

Nationalsozialismus blieb er – im Gegensatz zu den meisten seiner Mitkämpfer – unbehelligt und verstarb am 11. Mai 1943.

Hoffrogge gebührt mit seinem Buch das Verdienst, nach umfassender Recherche historischer Quellen die Rolle der Obleute in der Novemberrevolution unberührt von Partei- oder Systeminteressen neu geschrieben zu haben. Er kann aufzeigen, dass der von Moskau vorgegebene Weg keineswegs der einzig mögliche war.

*Dario Azzellini*

**Ilse Lenz (Hg.), Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung, VS Verlag: Wiesbaden 2010. Zweite aktualisierte Ausgabe. 1.196 Seiten. € 59,95**

Der von Ilse Lenz, Professorin für Geschlechter- und Sozialstrukturforschung an der Ruhr-Universität Bochum, herausgegebene Sammelband zur Neuen Frauenbewegung in Deutschland ist im letzten Jahr in der zweiten Auflage erschienen. 263 Dokumente und Quellen wurden zusammengetragen – derart umfangreiches Material gab es bisher zur neuen Frauenbewegung in Deutschland nicht. Mit dieser Materialsammlung und den umfangreichen historischen Einbettungen bietet der Band einen guten Überblick über mittlerweile mehr als vierzig Jahre Neue Frauenbewegung. Die Schwerpunktsetzung der Quellenauswahl ist bisweilen jedoch eigentümlich gewichtet.

Lenz und ihr Team wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gehen bei der Zusammenstellung der Texte davon aus, dass die Neue Frauenbewegung „im Plural zu denken“ sei, da es „verschiedenste Teilbewegungen und viele AkteurInnen“ gebe (S. 19). Dies ist ein produktiver Ansatz, mit dem die vielfältigen Facetten und Fraktionierungen der Bewegung gefasst werden können. Dass den dokumentierten und analysierten Frauenbewegungen allerdings auch Dokumente der kritischen Männerforschung und eman-

zipatorischer Männergruppen subsumiert werden, dürfte die eine oder den anderen irritieren. In ihrer Definition zur sozialen Bewegung „Neue Frauenbewegungen“ geht die Herausgeberin davon aus, dass „Frauen und Männer an der Frauenbewegung beteiligt sind, [da] nicht das biologische Geschlecht, sondern das Selbstverständnis“ eine soziale Bewegung begründete (S. 20). Mit dieser Definition hängt Lenz an einem Kernproblem der Sozialen Bewegungsforschung, da das Selbstverständnis der zu untersuchenden Gruppen und Netzwerke oftmals nur schwer zu eruieren ist. Forscherinnen und Forscher müssen daher oft doch „wertend oder normativ“ entscheiden und katalogisieren, auch wenn Lenz dies weit von sich weist (ebd.).

Anders ist es auch nicht zu erklären, dass Männern eine wachsende Bedeutung in der Frauenbewegung zugeschrieben wird (so ist das einzige in der zweiten Auflage neu hinzugekommene Dokument das „grüne Männer-Manifest“ von 2010), Dokumente von neueren Basisbewegungen wie Lady-Festen, queer-feministischen Mobilisierungen gegen Abtreibungsgegner oder Trans- und Intersexuellen Gruppen hingegen vollständig fehlen. Durch diese Auslassung der aktivistischsten und medial sehr aufmerksam beobachteten neueren Strömungen verfestigt der Band das Bild einer institutionalisierten Frauenbewegung, die ihre Energie in Projekte und Gesetzesinitiativen lenkt und einen Bewegungscharakter vermissen lässt.

Dieser normierende Blick ist auch in Auswahl und Bewertung historischer Texte zu bemerken. Gewalt gegen Frauen war und ist ein wichtiges Thema in der Frauenbewegung. Diesem Thema wird in der Quellensammlung der ihm entsprechende breite Raum eingeräumt, nicht nur in der Form der Kampagnen gegen Gewalt gegen Frauen, sondern auch als Gewalt, die von Frauen ausging.

Letzterer wird – unter der Überschrift „Frauenbewegung und Terrorismus“ – ein eigenes Kapitel gewidmet, das sich hauptsächlich mit den militanten Frauengruppen „Rote Zora“ befasst (8.1–3). In diesem Kapitel finden sich bis auf drei kurze zitierte Stellen aus einer Anschlagserklärung der „Roten Zora“ allerdings ausschließlich

Quellen, in denen sich die Autorinnen gegen diese Art des Aktivismus aussprechen. Einen expliziten Grund für diese Auswahl nennt die Herausgeberin nicht, sie führt jedoch an, dass „diese Strategien“ „von allen Flügeln der Neuen Frauenbewegung eindeutig kritisiert“ worden seien (S. 269). Kritisiert heißt jedoch nicht rundheraus abgelehnt – die verschiedenen Strömungen der Neuen Frauenbewegung sparten untereinander selten an mehr oder weniger solidarischer Kritik. Diese Formulierung spricht der „Roten Zora“ darüber hinaus genau das ab, was sie ihrem eigenen *Selbstverständnis* (siehe oben) nach war: der militante Teil der links-autonomen FrauenLesbenbewegung, und damit Teil der Neuen Frauenbewegung. Lenz und ihre Mitarbeiter\_innen sortieren hier einen Teil der Bewegung aus – und nutzen so die Definitionsmacht, die mit der Herausgabe einer derart grundlegenden Quellensammlung verbunden ist.

Auf die Frauen- und Lesbenbewegung in der DDR vor 1989 wird in den einführenden thematischen Texten Bezug genommen, Quellen finden sich jedoch kaum. In einer Fußnote werden Copyrightgründe für das Fehlen von Quellen aus der DDR-Frauenfriedensbewegung angeführt (S. 818). Dieser Mangel ist umso bedauerlicher, als dadurch eine beinahe ausschließlich westdeutsche Quellensammlung entstanden ist.

Als Nachschlagewerk für große und wichtige Teilbereiche der westdeutschen Frauenbewegung stellt die Quellensammlung trotz dieser Schwächen eine wertvolle und umfangreiche Zusammenstellung dar. Sie wird wohl nicht nur in den Bücherregalen von Studierenden und WissenschaftlerInnen, sondern auch in denen von AktivistInnen zu finden sein. Um als Nachschlagewerk seine vollständige Nützlichkeit entfalten zu können, fehlen dem Band leider sowohl ein Namens- als auch ein (thematisches, historisch geordnetes) Textregister, ebenso wie ein Stichwortverzeichnis zur Orientierung.

*Kirsten Achteik*